

Ergebnisprotokoll zum Workshop

## **„Alternative Wirtschaftsformen“**

im Rahmen des

**RENN-Fachforums „Umweltgerechtigkeit und Nachhaltigkeit“**

29. Mai 2019, FORUM Factory, Besselstr. 13-14, 10969 Berlin

# Inhalt

ReferentInnen.....	3
Kurzinputs der ReferentInnen.....	3
<i>Helmuth Geißler, Solidarische Ökonomie</i> .....	3
Beratung und nicht-monetäre Unterstützung von Kollektiv- und Alternativbetrieben.....	3
Bessere Finanzierungsmöglichkeiten und höheres Eigenkapital.....	3
<i>Gerd Hofielen, Gemeinwohlökonomie</i> .....	4
Anreizstruktur zur Erstellung von Gemeinwohlbilanzen.....	4
Einrichtung eines Berliner Wirtschaftskonvents von Bürgerinnen und Bürgern.....	4
<i>Dr. Corinna Vosse, Allmende/Commons</i> .....	4
Bewusstsein schaffen für „Wirtschaften als Versorgen“.....	4
Kartierung vorhandener Commons.....	4
Subsistenzwirtschaft an das Sozialsystem koppeln.....	5
Umstellung der Besteuerung.....	5
<i>Evelyn Bodenmeier, Lausitzer Perspektiven - Integration Berlin-Brandenburg</i> .....	5
Unterstützung und Förderprogramme der Wirtschaftsintegration Berlin-Brandenburg.....	5
Wissensaustausch Zivilgesellschaft Berlin – Brandenburg.....	5
Reallabore und Wissenstransfer.....	5
<i>Wolfgang Remmers, Sprecher Grüne LAG Wirtschaft</i> ,.....	6
Grundsatzentscheidung zu alternativen Wirtschaftsformen im Koalitionsvertrag.....	6
Aufhebung der Diskriminierung von Unternehmen des 3. Sektors.....	6
Nachhaltiges Wirtschaften als Gesellschaftsmodell etablieren.....	6
Zusammenstellung und Diskussion der Ideen und Forderungen.....	6
Stellungnahme von <i>Dr. Anna Hochreuter, SebWEB</i> .....	6
Diskussion im Workshop-Plenum.....	6
Kooperation zwischen Einrichtungen des 3. Sektors und Hochschulen.....	6
Kooperation der Berliner und Brandenburger Verwaltung.....	7
Transparenz bei Fördermitteln.....	7
Kriterien für Gemeinwohl und Folgen der Digitalisierung.....	7
Wirtschaftssektor soll sich nicht als „Biotop“ verstehen.....	7
Nachhaltige Beschaffung und nachhaltiger Tourismus in Berlin und Brandenburg.....	8
Bewertung der Ideen und Forderungen.....	8
Ergebnisse des Workshops.....	10

## ReferentInnen

Folgende ReferentInnen gaben als Input für die Diskussion kurze Statements aus unterschiedlichen Sichtweisen oder Hintergründen ab. Bei ihren Inputs sollten sie sich jeweils auf praktische Ideen für Bausteine Alternativer Wirtschaftsformen in Berlin und Brandenburg sowie auf Forderungen zu deren Umsetzung konzentrieren.

- Helmuth Geißler, NETZ BB - Solidarische Ökonomie
- Gerd Hofielen, Gemeinwirtschaft
- Dr. Corinna Vosse, Allmende/Commons
- Evelyn Bodenmeier, Lausitzer Perspektiven - Integration Berlin-Brandenburg
- Wolfgang Remmers, Sprecher Grüne LAG Wirtschaft

## Kurzinputs der ReferentInnen

Fünf VertreterInnen alternativer Ökonomiekonzepte stellen in kurzen Inputs von fünf Minuten ihre konkreten Forderungen an Politik und Verwaltung aber auch an die Akteure alternativen Wirtschaftens dar. Die wichtigsten Aussagen werden dabei von der Protokollantin auf Moderationskarten zusammengefasst um sie anschließend zu clustern und das Cluster vor der Gruppe vorzustellen und ggfs. zu ergänzen. Im Anschluss daran erfolgt eine kurze Stellungnahme von Dr. Anna Hochreuter (Wirtschaftsverwaltung Berlin), bevor es in die abschließende Plenumsdiskussion geht.

### **Helmuth Geißler, Solidarische Ökonomie**

Konkrete Forderungen:

#### ***Beratung und nicht-monetäre Unterstützung von Kollektiv- und Alternativbetrieben***

Betriebe, die sich an der solidarischen Ökonomie orientieren, benötigen gegenwärtig sehr häufig mehr betriebswirtschaftliches Knowhow.

#### ***Bessere Finanzierungsmöglichkeiten und höheres Eigenkapital***

Alternativen Unternehmen fehlen oft Finanzierungsmöglichkeiten, wozu u.a. auch ihr Eigenkapital aus öffentlicher Förderung erhöht werden sollte. Hier schloss sich eine kurze Diskussion zur Frage der Eigenkapitalausstattung an. Es wurde angemerkt, dass Eigenkapital ja gerade kein Fremdkapital sei und deshalb auch nicht von fremder (z.B. öffentlicher Seite) aufgebracht werden könne. Dem wurde widersprochen mit dem Beispiel von Wohnungsbaugenossenschaften: Es gibt von der IBB folgendes Programm: Die IBB gewährt einzelnen Genossen/innen einen Privatkredit zu günstigen Konditionen. Diese sind dann verpflichtet, diesen Betrag als Ihren Genossenschaftsanteil in diese Wohnungsbaugenossenschaft einzubringen. Also Finanzierung Privatkredit wird zu Eigenkapital und Genossenschaftskapital. Der Vorschlag war nun: Diese Form der Finanzierung auf alle genossenschaftlichen Unternehmungen (also nicht nur Wohnungsbauunternehmen) auszuweiten. Das wäre ein Eigenkapitalhilfeprogramm, das es - allerdings nur für Einzelunternehmungen - auch schon von der KfW gab.

## **Gerd Hofielen, Gemeinwohlökonomie**

Konkrete Forderungen

### ***Anreizstruktur zur Erstellung von Gemeinwohlbilanzen***

Die Politik soll eine Anreizstruktur zu schaffen, damit Unternehmen eine Gemeinwohlbilanz erstellen, ggf. sollen (kleinere) Unternehmen dabei auch finanziell unterstützt werden. Dabei sollen z.B. folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- Information und Aufklärung für Unternehmen
- Finanzielle Anreize schaffen, wie z.B. verbesserter Zugang zu Kreditprogrammen bei Vorlage einer Gemeinwohlbilanz

Ziel der Gemeinwohlbilanz ist die Vergleichbarkeit der Unternehmen aus Gemeinwohlgesichtspunkten. Es können aber nicht nur Unternehmen sondern z.B. auch Gemeinden Gemeinwohlbilanzen erstellen.

### ***Einrichtung eines Berliner Wirtschaftskonvents von Bürgerinnen und Bürgern***

Es soll in Berlin ein Wirtschaftskonvent gegründet werden, wo (z.B. zufällig ausgewählte) BürgerInnen selbst Wirtschaftspolitik betreiben bzw. über die Prioritäten der Wirtschaftspolitik beraten.

Während dies in „Runden Tischen“ oder anderen Formen der Bürgerbeteiligung zu anderen Themen üblich ist, findet es bisher zu wünschenswerten wirtschaftlichen Entwicklungen nicht statt.

## **Dr. Corinna Vosse, Allmende/Commons**

Konkrete Forderungen:

### ***Bewusstsein schaffen für „Wirtschaften als Versorgen“***

Bewusstseinschaffung für die unterschiedlichen Prozesse der (Fremd)-versorgung.

Wirtschaft hat diesen Kern, nicht den Kern der Geldvermehrung. Um Wirtschaften zur Versorgung der Menschen, an vielen Beispielen und mit unterschiedlichen Methoden zur Allgemeinbildung werden zu lassen, soll Wirtschaft auch als Fach in der Schule eingeführt werden.

### ***Kartierung vorhandener Commons***

Der Wirtschaftssektor *Commons* soll im Rahmen des o.g. Sicht auf die Wirtschaft selbstverständlich auch genannt und erläutert werden. Um seine Bedeutung zu erkennen und um eine Vernetzung von lokalen und thematischen Einzel-Commons zu ermöglichen, sollte eine Kartierung der Commons erfolgen.

In anderen Städten, wie z.B. im niederländischen Gent, gibt es bereits nachahmenswerte Vorbilder zu diesem Vorgehen.<sup>1</sup>

---

1 Als Beispiel wurde empfohlen: „Gent as a commons city“, im Internetauftritt der Stadt Gent, abgerufen am 17.06.19

### **Subsistenzwirtschaft an das Sozialsystem koppeln**

Die Subsistenzwirtschaft soll an das Sozialsystem gekoppelt werden. Entsprechende Leistungen (Pflege von Angehörigen, Selbstversorgung, Nachbarschaftshilfe...) müssen dann z.B. in die Rentenversicherung einfließen.

### **Umstellung der Besteuerung**

Arbeit sollte gar nicht mehr bzw. wesentlich niedriger, der Ressourcenverbrauch dagegen wesentlich höher versteuert werden.

### **Evelyn Bodenmeier, Lausitzer Perspektiven - Integration Berlin-Brandenburg**

Konkrete Forderungen:

#### **Unterstützung und Förderprogramme der Wirtschaftsintegration Berlin-Brandenburg**

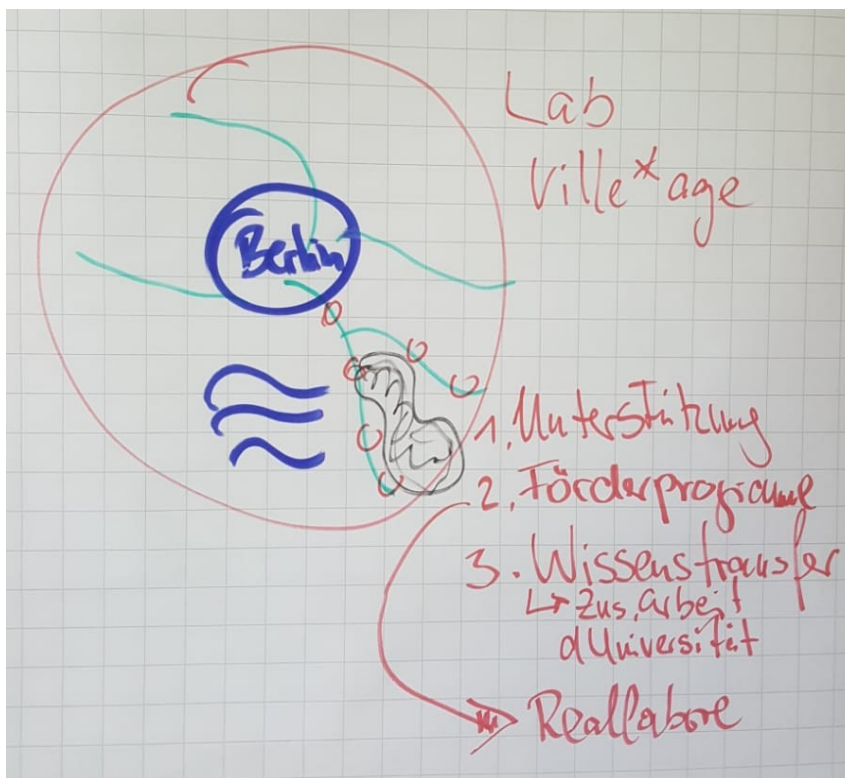
#### **Wissensaustausch Zivilgesellschaft Berlin – Brandenburg**

Die Zivilgesellschaften in Berlin und Brandenburg sollen sich stärker austauschen und kooperieren. Hierfür müssen Räume und Anreize geschaffen werden. Sie sollen dies aber auch von sich aus anstreben, denn eine nachhaltige Entwicklung muss Stadt und Land zusammen betrachten.

#### **Reallabore und Wissenstransfer**

Praktische Projekte können in Reallaboren entwickelt werden, die z.B. in leerstehenden Bahnhöfen eingerichtet werden können, wodurch Räume und Erreichbarkeit gewährleistet wären. Wissenstransfer und nachhaltige Umsetzung soll auch durch die vermehrte Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft mit der Forschung (Hochschulen) erreicht werden.

Bild: E. Bodenmeier, Lausitzer Perspektiven



### **Wolfgang Remmers, Sprecher Grüne LAG Wirtschaft,**

Konkrete Forderungen:

### ***Grundsatzentscheidung zu alternativen Wirtschaftsformen im Koalitionsvertrag***

Im Koalitionsvertrag ist die Forderung nach alternativen Wirtschaftsformen enthalten. Hierzu muss sich auch die praktische Politik im Alltag bekennen.

### ***Aufhebung der Diskriminierung von Unternehmen des 3. Sektors***

Die Diskriminierung von Unternehmen im 3. Sektor - d.h. aus den hier diskutierten Wirtschaftsformen neben den beiden klassischen Sektoren 1. Kapital/Markt und 2. Staat/öffentliche Hand - muss beendet werden. Dies betrifft z.B. die Kreditvergabe. Diese Unternehmen sollen außerdem Zugang zu Beratungs- und Förderungsleistungen bekommen.

### ***Nachhaltiges Wirtschaften als Gesellschaftsmodell etablieren***

Nachhaltiges Wirtschaften soll als Gesellschaftsmodell etabliert werden. Hierzu soll vermehrt Wirtschaftsforschung zu Erfolgsbedingungen in diesem Bereich betrieben werden.

## **Zusammenstellung und Diskussion der Ideen und Forderungen**

Nach den Inputs gab es eine 10minütige Pause, in der die Ideen und Forderungen der ReferentInnen geclustert und an eine Tafel gepinnt wurden.

Die geclusterten Kernaussagen wurden dann vorgestellt und vom Plenum ergänzt.

### **Stellungnahme von Dr. Anna Hochreuter, SebWEB**

Zu den gesammelten Ideen und Forderungen erfolgte zunächst eine Stellungnahme von Dr. Anna Hochreuter, der Abteilungsleiterin Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe.

Sie berichtete, dass wirtschaftliche Förderung zukünftig vermehrt auch dem 3. Sektor zukommen soll, wobei die ersten Schritte bereits unternommen wurden. Diese ersten Schritte waren erfreulicher Weise sogar relativ einfach, da hierzu nur die erweiterte Definition bezüglich förderungswürdiger Wirtschaftssubjekte in der Wirtschaftsverwaltung und bei der Investitionsbank Berlin (IBB) notwendig war. Wirtschaftsförderung, Beratung, etc. können demnach alle Einrichtungen erhalten, die Produkte oder Leistungen erbringen. Ausgenommen sind ausschließlich Sozial- bzw. Wohlfahrtsverbände, da diese sowieso öffentlich (einschließlich Sozialversicherung) finanziert sind und eine Wirtschaftsförderung nur die Methodik verkomplizieren würde.

Die Wirtschaftsverwaltung legt bei der Förderung einen besonderen Fokus auf die Gemeinwohlbilanz und dessen Transparenzaspekt.

### **Diskussion im Workshop-Plenum**

Im Anschluss an die Stellungnahme wurde im Plenum zu den Inputs diskutiert. Die einzelnen Fragen und Diskussionsthemen der TeilnehmerInnen werden hier stichpunktartig zusammengefasst.

### ***Kooperation zwischen Einrichtungen des 3. Sektors und Hochschulen***

Für den gesamten 3. Sektor, insbesondere aber für dessen Start-Up-Bereich und für den Commons-Bereich wurde die Kooperation mit Forschung und Entwicklung insbesondere an Hochschulen angeregt. Gegenwärtig ist dies eher für kapitalstarke Unternehmen möglich, die entsprechende Drittmittel-Aufträge vergeben können. Es ist aber davon auszugehen, dass gerade Studierende (z.B. in ihren Abschlussarbeiten) Input zur Entwicklung des 3. Sektors

geben können und hierzu auch großes Interesse bestehen würde. Dies würde auch in die grundsätzliche Idee von wirtschaftlichen Partnerschaften zwischen öffentlichem und 3. Sektor passen, während bisher meist von öffentlich-privaten Partnerschaften die Rede ist.

### ***Kooperation der Berliner und Brandenburger Verwaltung***

Ebenso wurde eine Verzahnung der Verwaltungen in Berlin und Brandenburg bei der Wirtschaftsförderung gefordert, um erfolgreicher regionale Wertschöpfungsketten zu entwickeln.

In diesem Zusammenhang wurde auch eine stärkere Zusammenarbeit von Unternehmen/Einrichtungen alternativer Wirtschaftsformen der beiden Bundesländer diskutiert und eingefordert. In diesem Zusammenhang wurde noch einmal die Sinnhaftigkeit der vorgeschlagenen Kartierung von Commons (s.o.) unterstützt. Eine solche Aufgabe sollte sich den Wirtschaftsraum Berlin und Brandenburg vornehmen, um im Ergebnis nicht nur die Bedeutung der Commons sondern auch Kooperationsmöglichkeiten untereinander und zwischen Commons und anderen Wirtschaftsformen sichtbar zu machen.

Insgesamt sollte eine verstärkte Diskussion von Commons im aktuellen öffentlichen Diskurs stattfinden.

### ***Transparenz bei Fördermitteln***

Die Transparenz bei der Fördermittelvergabe wurde diskutiert. Hierbei gibt es Aspekte die ausreichend transparent sind, wie z.B. die Regeln bei Wirtschaftsförderung. Andere Prozesse, wie die Bewertung und Entscheidungsfindung bei Förderprojekten z.B. des Berliner Energie- und Klimaschutzprogrammes (BEK) und ähnlicher Pilotprojekte sind dagegen wenig transparent. Bei solchen Programmen, für deren Finanzierung es berechtigterweise keinen Rechtsanspruch geben kann, ist es bisher nicht durchsichtig, nach welchen internen Kriterien die Vergabe erfolgt.

### ***Kriterien für Gemeinwohl und Folgen der Digitalisierung***

Es folgte eine Diskussion zur Definition von gemeinwohlorientiertem Wirtschaften. Wer bestimmt, ab wann und aus welchen Gründen etwas positiv für das Gemeinwohl ist?

In diesem Rahmen wurde auch die Rolle der Digitalisierung und ihrer Auswirkungen auf die Arbeitswelt hinterfragt, die gleichzeitig positive wie negative Folge haben kann. Es wurde vorausgesagt, dass sich Wirtschaftsmodelle hier weiterentwickeln müssen, weil sich auch das Denken - z.B. in (Wirtschafts-) Räumen - zukünftig stark verändern werde. Die Debatte über die Digitalisierung sollte nicht nur in Unternehmen geführt werden, sondern ebenso in Gewerkschaften.

### ***Wirtschaftssektor soll sich nicht als „Biotop“ verstehen***

Ausgehend von der Digitalisierung, die in ihr steckenden Chancen für Dezentralisierung von Produktion und Entscheidungsstrukturen und von Commons-Gütern, aber auch den mit ihr verbundenen Gefahren für Arbeitsplätze und bürgerliche Freiheiten wurde gefordert, auch die Entwicklung des 3. Wirtschaftssektors als gesamtgesellschaftliche Aufgabe anzusehen und sich nicht mit der Sichtweise eines oder mehrerer „Biotope“ zu begnügen. Während die konventionelle Wirtschaft weiterhin den Mainstream vertritt. Hierzu sollten AkteurInnen des 3. Wirtschaftssektor auch dringend in einen Dialog mit VertreterInnen konventioneller Wirtschaft und mit der Politik treten.

### ***Nachhaltige Beschaffung und nachhaltiger Tourismus in Berlin und Brandenburg***

Abschließend wurden noch einmal mögliche Verbindungen zwischen Berlin und Brandenburg diskutiert. Hier wurde ein gemeinsames nachhaltiges Tourismuskonzept gefordert, das als Modellprojekt fungieren könne sowie gemeinsame Richtlinien für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung.

### **Bewertung der Ideen und Forderungen**

Während der Diskussionsbeiträge im Workshop wurden die an der Pinnwand aufgelisteten Forderungen und Ideen jeweils ergänzt, sodass sie nach Abschluss der Diskussion von den TeilnehmerInnen bewertet werden konnten.

Diese Bewertung erfolgte mittels Punktevergabe nach zwei Kategorien:

- Grüne Punkte sollten für Vorschläge vergeben werden, die kurzfristig, d.h. noch innerhalb dieser Legislaturperiode umgesetzt werden können und sollen.
- Rote Punkte wurden für grundsätzliche, als wichtig angesehene, Ideen vergeben, deren Umsetzung aber vermutlich nur mittelfristig möglich ist.

Das Bild auf der folgenden Seite gibt die geclusterten und mit Klebepunkten bewerteten Ideen und Forderungen wieder.



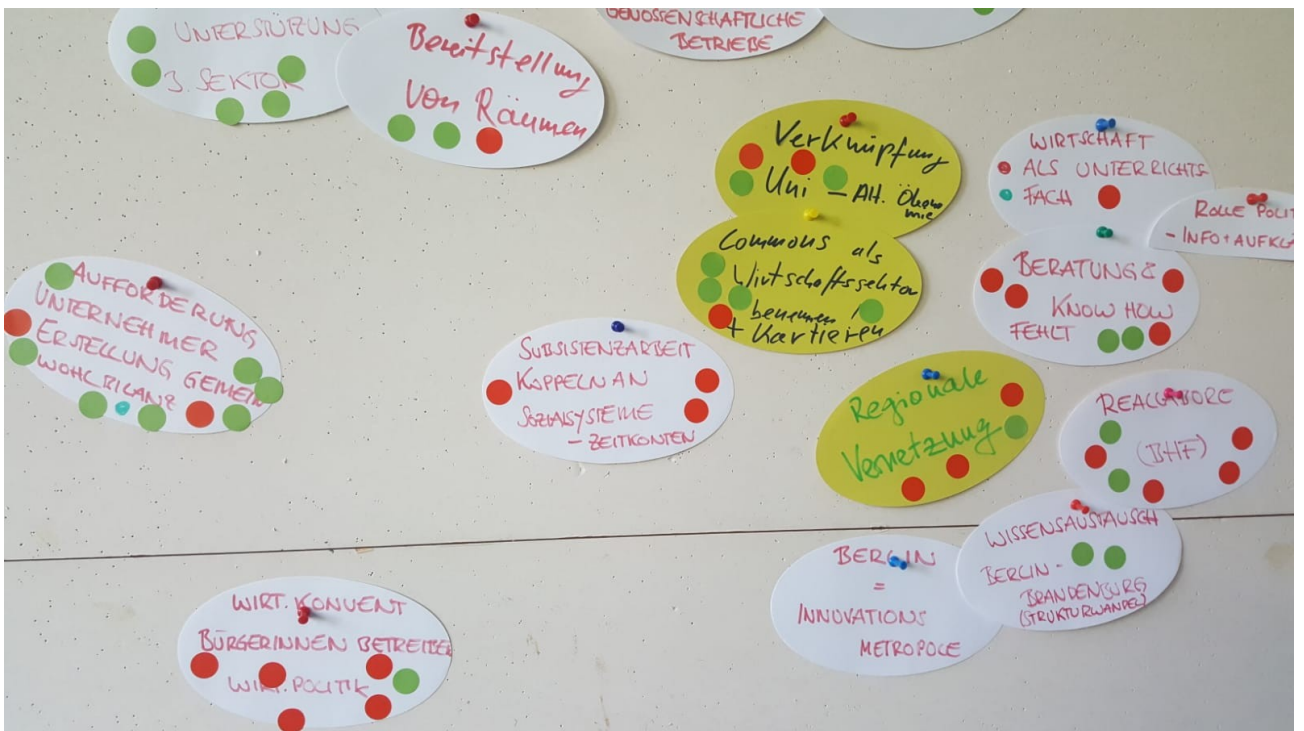


Bild: Pinnwand mit geclusterten und bewerteten Ideen und Forderungen

## **Ergebnisse des Workshops**

Die Bewertung der einzelnen und geclusterten Vorschläge durch die TeilnehmerInnen ergab folgende Schwerpunkte

- Bildung und Beratung zu alternativen Wirtschaftsformen durch Unterricht, Beratungsangebote, Kooperation Hochschule und Alternativer Ökonomie sowie Einrichtung von Reallaboren.
- Aufforderung an die Unternehmen, eine Gemeinwohlbilanz zu erstellen.
- Förderung und Unterstützung des 3. Wirtschaftssektors durch Wirtschaftsförderung sowie die Bereitstellung von Räumen für Startups und Commons.
- Einrichtung eines Wirtschaftskonvents von Bürgerinnen und Bürgern.

**Protokoll:**

**Linn Kaldinski und Malte Schmidthals (Berlin 21)**